



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2015

Menschen, Behörden und Professionelle ...

Breitschmid, Peter

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-113946>

Journal Article

Published Version

Originally published at:

Breitschmid, Peter (2015). Menschen, Behörden und Professionelle ... Jusletter, (09.02.2015):1-3.

Peter Breitschmid

Menschen, Behörden und Professionelle ...

Menschen leben und arbeiten. Die meisten arbeiten professionell. Einige arbeiten in Behörden, viele andere anderswo, und einige haben keine richtige Arbeit. Richtige und riesige Arbeit wird auch in Familien und weitem Netzwerken erbracht. Auch Freiwillige arbeiten. Manchmal sind sie Laien, mit höchsten Ansprüchen an ihre Profession, die sie engagiert und kompetent bewältigen. Selbst in professionell arbeitenden Behörden arbeiten Menschen, die ihre Profession professionell — d.h. menschlich und fachlich engagiert und kompetent — ausüben.

Beitragsarten: Essay

Rechtsgebiete: Kindes- und Erwachsenenschutzrecht

Zitiervorschlag: Peter Breitschmid, Menschen, Behörden und Professionelle ..., in: Jusletter 9. Februar 2015

[Rz 1] Viele von uns arbeiten gerne dort, wo wir arbeiten — in Betrieben oder Behörden, produzierend oder beratend, manuell oder intellektuell, mit mehr oder weniger Lohn. Egal, wo wir arbeiten, tun wir das in Strukturen — selbst entwickelten oder vorgegebenen. Behörden arbeiten im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben. Das ist ein fundamentales rechtsstaatliches Prinzip. Der Staat wirkt subsidiär und nur im Rahmen der rechtlichen Vorgaben. Manche sagen sogar, er tue zu wenig, um Recht durchzusetzen; und wenn wir mit 54 km/h geblitzt werden, ärgern wir uns, dass der Staat gerade hier das Recht durchsetzt. PolizistInnen und zahlentrockene Steuermenschen und Mitarbeitende vieler staatlicher Stellen können ein Lied davon singen, wie wenig ihre Arbeit geschätzt wird, und sagen sie, dass sie ihre Arbeit schätzen und professionell ausüben, so ist ihnen im besten Fall ein mitleidiges Lächeln gewiss. Zwar ist «weniger Staat» tatsächlich ein Anliegen — im Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (KESR)-Bereich als «Subsidiaritätsprinzip» —, doch würden wir alle wohl bald schmerzlichst die uns vertrauten staatlichen Leistungen in der uns vertrauten Qualität missen, wenn wir in Ländern leben müssten, wo das Überleben Privatsache ist . . .

[Rz 2] Auch Mitarbeitende von Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden und von Sozialdiensten und weiteren Beratungsstellen stehen typischerweise im öffentlichen Sold. Während mehr SteuerkommissärInnen meist mehr Steuereinnahmen generieren, generieren in den Augen der zahlenden Öffentlichkeit mehr Mitarbeitende im Sozialsektor höhere Sozialkosten. Sozialkosten sind tatsächlich «unnötige» Ausgaben: Sie wären unnötig, wenn es nicht zur sozialen Notlage gekommen wäre. Die Behandlung pathologischer Zustände kostet; wir kennen das aus dem Bereich der Krankenversicherung; Prävention wäre sinnvoller. Und tatsächlich würden gestresste Eltern (meist: gestresste, mit der Kinderbetreuung überwiegend betraute *Mütter*) massiv entlastet, wenn ihr Umfeld (Grosseltern, Paten, Nachbarschaft, auch Arbeitgeber oder Kinderkrippen, Anwälte oder Fachpersonen in sozialen, fürsorgerischen oder kirchlichen Institutionen) Notlagen und Belastungszustände möglichst frühzeitig erkennen und unterstützend eingreifen würden. In vielen Fällen würden solche mitmenschliche Hilfe oder *frühe* Gespräche und Empfehlungen niederschwellig, kostengünstig und jederzeit verfügbar ein behördliches Eingreifen (und die damit verbundenen Stigmatisierungen, Kosten und Belastungen) unnötig machen. Zugleich würde der Zugang zu einem solchen Umfeld die Arbeit der Behörden wesentlich vereinfachen. Aber — und das ist der Punkt — ein solches Umfeld wird in der migrierend-wuselnden Umzugsbiografie gerade belasteter Familien zunehmend zur Ausnahme. Das zeigt nämlich der «Fall Flaach» auch — Grosseltern, die jedenfalls über die Festtage den Zugang zur Tochter auch nicht in dem Masse gefunden hatten, dass ein Unglück hätte vermieden werden können und die offensichtlich in einer schon länger anstehenden schwierigen Familienbiografie nicht zu Kristallisationspunkten möglicher Lösungen zu werden vermochten; AnwältInnen, die mit Ihrer Klientschaft auch eher technisch kommunizieren und versprechen, sie «im Kampf gegen die Behörde» zu unterstützen und damit manchmal eher Kohlhaas nachzeichnen als Weihnachtsgeschichten schreiben.

[Rz 3] Aber es kann nicht sein, dass ausserhalb der Bürozeit irgendeines Wochenendes ausser den Nummern 147 und 117 niemand zur Verfügung steht: Geht es um den Schutz von verzweifelte Personen, braucht es Gespräche. Weder seinerzeitige Vormundschaftssekretäre noch Mitarbeitende von KESB-Stellen konnten und können Mandate gesprächsweise und feierabendlich begleiten; das wäre geradezu unprofessionell und würde zum verpönten «Berichten» führen: dass nämlich *eine* beteiligte Person engeren Zugang zur entscheidenden Stelle hätte als mögliche weitere Beteiligte. Aber es muss jemand Auskunft geben können über Aktenstandorte, muss der Anwaltschaft oder einem Spital oder Heim Akten aushändigen oder Informationen geben kön-

nen, und muss insbesondere auch ratsuchenden Betroffenen z.B. den Unterschied zwischen bloss vorsorglichen/temporären/befristeten und definitiven/länger laufenden Anordnungen summarisch erläutern können. Dazu braucht es kaum «Berichte», die medienwirksam von Politikern eingefordert werden, die um ihre Wiederwahl bangen. Sondern es braucht Vertrauen in die *Reparaturwerkstätten* unserer Gesellschaft und unserer belasteten Beziehungen, damit diese in ihrer ohnehin schwierigen Arbeit nicht noch grössere Barrieren im Zugang zu den Beteiligten zu überwinden haben. Zwar braucht es die «unfalltechnische Analyse», die indes von «technischen Diensten» durchzuführen ist. Unfälle wird es allerdings immer geben! Aber ein ruhiger Fluss der alltäglichen Geschäfte erleichtert, dass nicht alle hektisch und kollisionssträchtig herumflitzen!

[Rz 4] Selbst ein Chauffeur, der einmal einen Fehler gemacht hat, darf wieder fahren. Er verdient Vertrauen, weil er dennoch professioneller Praktiker ist. LokführerInnen, die von einem Unfall betroffen waren, werden psychologisch betreut und können den Dienst aussetzen. Angegriffene Behörden haben kaum Zugang zu Supervision, aber jedenfalls einen noch erhöhten Belastungsdruck. Eine an blosser Effekthascherei orientierte Politik gewisser Parteien, die im nach intimen Details gierenden, eifernden und geifernden Publikum dankbar Zuhörerschaft findet, macht hier sehr viel kaputt: zwischenmenschliches Vertrauen durch alle Schichten, unter Behörden und Bevölkerung, eine gewisse Gelassenheit, die zur Bewältigung schwieriger Situationen unabdingbar ist. Gelassenheit und Zusammenstehen in schwierigen Situationen waren schweizerische Werte, die heute von jenen vergessen werden, die lauthals schweizerische Werte einfordern. Gewisse Fragen, auch die «unfalltechnische Analyse», werden von Fachpersonen (Menschen!) ohne Zweifel zuverlässiger geklärt als vom schreienden Mob, der unmenschlich ist.

[Rz 5] Und ein letztes: Auch wer Fehler macht, ist Mensch. Irren ist menschlich, und da in Behörden Menschen arbeiten, ist es halt auch «behördlich». Wir alle machen laufend Fehler und haben oft das Glück, dass die Auswirkungen minim sind. Wenn Professionelle Fehler machen, so ist es ein Aspekt der Professionalität, sich mit diesen Fehlern und ihren Ursachen auseinanderzusetzen — man wird durch Erfahrung klug, die sich eher im Sturm und nicht beim gemütlichen Sonnenscheinspaziergang entwickelt. Lassen wir unsere Behörden schlechte Erfahrungen machen! Sie werden dabei besser werden! Je scheinbar «perfekter» unsere Welt funktioniert, desto mehr verliert sie eine natürliche Fehlertoleranz. Fehlende Fehlertoleranz wird selbst zum Problem, weil es fehlerfreie Problembewältigung dort nicht gibt, wo es um wirkliche Probleme geht. Und im KESR-Bereich *geht* es um Problemfälle.

Prof. Dr. iur. PETER BREITSCHMID, Ordinarius, ist Inhaber des Lehrstuhls für Privatrecht, Schwerpunkt ZGB, an der Universität Zürich.